

November 2017

PALÄSTINA-INFO



The NAKBA

Zionistische Legenden • Materielle Dimension der Enteignungen • Koloniale Wurzeln der Nakba •
Kollektive Erinnerung • Zensur in Deutschland

Editorial

Kurz nach den Jahrestagen zur 10-jährigen Gazablockade und zur 50-jährigen Besetzung wird in den kommenden Monaten an ein weiteres einschneidendes historisches Ereignis erinnert: 70 Jahre sind seit der Nakba, der Massenvertreibung der PalästinenserInnen im Zug der israelischen Staatsgründung, vergangen.

Wie wir im vorliegenden Palästina-Info aufzeigen, ist die Nakba kein isoliertes Ereignis, sondern wurzelt in vorangehenden Entwicklungen und war insbesondere bereits in der Ideologie und Theodor Herzls Hauptschrift zum Zionismus angelegt. Die Umsetzung der zionistischen Vision in Palästina war ein langer kolonialer Prozess, der in der Nakba kulminierte.

Sie findet ihre Fortsetzung bis in die Gegenwart in der israelischen Weigerung, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen anzuerkennen. Weitere Vertreibungen finden laufend statt, sei es im besetzten Westjordanland, in Jerusalem, im Norden Israels (Galiläa) oder im Negev, wo vor allem die beduinischen Dörfer betroffen sind. In den Flüchtlingslagern und in Israel/Palästina ist die Erinnerung an die Nakba deshalb nicht nur ein Blick in die Vergangenheit, sondern stets mit der Forderung nach einem Ende der ethnisch-religiösen Segregation, nach Selbstbestimmung und Rückkehr verbunden.

Ermöglicht wird die Politik der „Ongoing Nakba“, wie sie im internationalen Kontext genannt wird, durch einen massiven Repressionsapparat. Zu welchen Auswüchsen die Militarisierung in Israel führt, zeigten unlängst Berichte über „Militärtourismus“ im besetzten Gebiet

(bit.ly/2xfZGpi und bit.ly/2yRtBBq). In der Fotoinstallation „Destination Checkpoint“, aus der wir einzelne Bilder abdrucken, visualisiert die Genfer Fotografin und Videokünstlerin Ariane Arlotti die allgegenwärtige Militarisierung der Gesellschaft in Israel und dem besetzten Westjordanland im Kontext einer umfassenderen Auseinandersetzung mit Migration und Sicherheitsindustrie (mehr zur Arbeit von Ariane Arlotti und ihrer Biografie unter www.destinationcheckpoints.com/). Solche Bilder unterstreichen die Forderung nach einem Militärembargo gegen Israel. Schweizer Banken und Pensionskassen investieren unter anderem in israelische Rüstungsfirmen. Nicht zuletzt aus diesem Grund rufen wir zur Unterstützung der Kriegsgeschäfte-Initiative der GSoA auf. Ein Unterschriftenbogen liegt bei.

Eine schweizweite Nakba-Kampagne thematisiert ab November 2017 ein Jahr lang die Katastrophe des palästinensischen Volks (siehe Text auf dieser Seite). Auf solche Initiativen und die Forderung nach Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) reagieren der israelische Staat und seine Verbündeten immer aggressiver, wie am Beispiel Deutschlands auf Seite 7 nachzulesen ist.

Anstatt uns einschüchtern zu lassen, leisten wir mit diesem Palästina-Info unseren Beitrag an die wichtige Aufklärungsarbeit rund um die Nakba und ihre Folgen.

Herzlichen Dank für alle eingehenden Spenden, die das möglich machen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Schweizer Nakba-Kampagne 2018:

70 Jahre Nakba – Gerechtigkeit für die PalästinenserInnen

Ab November 2017 jährt sich der Beginn der Nakba, der militärisch vorangetriebenen ethnischen Säuberung Palästinas durch zionistische Streitkräfte, zum 70. Mal. Den massgebenden Institutionen Israels und deren UnterstützerInnen in aller Welt ist es gelungen, ein Geschichtsbild zu verbreiten, welches dieses Unrecht beinahe in Vergessenheit geraten lässt. Die Schweizer Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk will im Verlaufe des kommenden Jahres daran erinnern und aufzeigen, dass es Lösungswege für einen gerechten Frieden im Nahen Osten gibt. Massnahmen müssen ergriffen werden, um Israel zur Einhaltung von Menschen- und Völkerrecht inkl. dem Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge zu veranlassen.

Mit diesem Ziel wird im November 2017 mit zwei Eröffnungsanlässen eine gesamtschweizerisch getragene einjährige Kampagne lanciert. In Zürich diskutieren am 11. November der palästinensische Historiker Nur Masalha und die palästinensische Aktivistin Abeer Kopty, die Moderation macht der Nahost-Experte Andreas Zumach. In Genf findet die Auftaktveranstaltung am 16. und 17. November statt, u.a. mit dem Anthropologen Ricardo Bocco. Details zu den Veranstaltungen und weitere Informationen zur Kampagne siehe: www.nakba-2018.ch/

Legende und Wahrheit

Hanspeter Gysin

Der „Gründungsmythos“ Israels stützt sich im Kern auf die Behauptungen, die UNO habe mit der Resolution 181 grünes Licht für die Gründung Israels in seiner aktuellen Form gegeben und ein Krieg sei unabwendbar gewesen, weil die arabischen Nachbarländer am 15. Mai 1948 den eben gegründeten Staat überfallen hätten. Ein kritischer Blick auf weit verbreitete Interpretationsmuster.



Selbst in öffentlichen Stellungnahmen, welche Rechte für die PalästinenserInnen einfordern, kommen erstaunlich oft diese Stereotype aus der zionistischen Geschichtsschreibung vor. Dabei gibt es mehrere wissenschaftliche Arbeiten, welche diese gründlich widerlegen.¹

Was hat die damalige UNO beschlossen?

Die UNO-Resolution vom 29. November 1947² schlägt eine (ungerechte) Teilung des britischen Mandatsge-

biets Palästina vor. Sie beinhaltet relativ allgemein gehaltene Empfehlungen: Innerhalb von zwei Monaten nach dem (im Februar 1947 angekündigten und auf spätestens für 1. August 1948 vorgesehenen) Abzug der britischen Truppen sollten „in Palästina ein unabhängiger arabischer Staat und ein unabhängiger jüdischer Staat“ entstehen und für Jerusalem (einschliesslich Bethlehem) ein von der UNO überwacht Sonderregime etabliert werden. Eine von der UNO ernannte Kommission sollte in die-

- ¹ Buchempfehlungen: Simcha Flapan: Die Geburt Israels, Mythos und Wirklichkeit (Das Buch ist 1987 erschienen und sofort vom Markt verschwunden, bis es letztes Jahr vom Zambon Verlag neu aufgelegt wurde. ISBN 978 3 88975 2437). Flapan hat sich nie von der zionistischen Idee Palästina zu besiedeln, distanziert. Ihm schwebte lediglich die Idee, einer friedfertigen Lösung vor. Ilan Pappé: Die Ethnische Säuberung Palästinas (Das Buch war einige Zeit als Taschenbuch im Sortiment des Verlags Zweitausendeins und ist mittlerweile trotz ungebremsster Nachfrage aus dessen Sortiment verschwunden. Der Verlag hüllt sich über die Gründe dafür in Schweigen. Ein neuer Verleger wird derzeit gesucht.)
- ² bit.ly/1izzvsP

Chronik der Nakba

Spätes 19. Jahrhundert: Der politische Zionismus entsteht unter dem Einfluss des Nationalismus, der über Europa hinwegfegt.

1878: Die erste jüdische Siedlung entsteht in Petah Tikva als Teil des Neuen Jischuws. Die zionistische Bewegung ist noch sehr wenig organisiert.

1896: Theodor Herzl veröffentlicht in Wien das Buch „Der Judenstaat“. Es verkündet, die Assimilation der Jüdinnen und Juden sei nicht möglich und deshalb sei ein eigener Nationalstaat in Palästina zu gründen. Der Text legt die Grundlage für die zionistische Eroberung Palästinas.

1897: Der erste Zionistenkongress findet in Basel statt. Die Zionistische Weltorganisation wird gegründet.

1898: Herzl schreibt dem deutschen Kaiser Wilhelm und bittet das „starke Deutschland“ um Unterstützung und Schutz für die Errichtung eines jüdischen Staats.



Plakat der Zionistenmiliz Irgun von 1935, mit den Umrissen des angestrebten Grossisrael

ser „Übergangszeit“ damit beginnen, „Massnahmen zur Festlegung der entsprechenden Grenzen“ durchzuführen. „Schrittweise“ sollte so die Verwaltung an die beiden Staaten übertragen werden. Die allgemeine politische und militärische Aufsicht sollte von der UNO-Kommission ausgeübt werden. Die UNO solle „gleiche Rechte, ohne Diskriminierung“ sowie die Einhaltung der „Menschenrechte“ gewährleisten. Die beiden Staaten sollten zudem „eine gemeinsame Wirtschaftsunion“ mit einer gemeinsamen Währung und einer gemeinsamen Infrastruktur, bestehend aus „Eisenbahnen, Strassenverbindungen, Post- und Fernmeldeverbindungen sowie Häfen und Flughäfen“, betreiben. Der Zugang zu Wasser- und Energiequellen sollte „auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung“, garantiert sein. Ausdrücklich wurde in der Resolution auch festgehalten, dass „Enteignung von Land nicht zulässig“ sei und, sollte sich solches für öffentliche Zwecke als notwendig erweisen, „eine volle Entschädigung geleistet“ werden müsse. Die britischen Truppen sollten bis zu ihrem vollständigen Abzug für die Sicherheit beider Parteien verantwortlich sein und alle Geschäfte schrittweise an die jeweiligen Verwaltungen übergeben. Mit 33 zu 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen wurde der Plan verabschiedet.

Der Inhalt der Resolution 181 basierte auf verschiedenen britischen

Plänen der Vergangenheit, im arabischen Palästina eine „nationale Heimstädte für das jüdische Volk“ einzurichten, angefangen mit der Balfour-Deklaration vom 2. November 1917. Ganz in kolonialer Überheblichkeit gegenüber Völkern anderer Kontinente wurde damals geplant, ohne die Ansässigen zu konsultieren und ohne zu beachten, dass damit gleichzeitig gegen die eigene Charta³, welche das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ postuliert, verstossen wurde. Zudem sah der Teilungsplan vor, der zumeist eingewanderten jüdischen Minderheit über die Hälfte des Gebiets und zudem die fruchtbarsten und wirtschaftlich erfolgversprechendsten Teile des Landes zuzugestehen.

Wie hat die zionistische Führerschaft gehandelt?

Unmittelbar nach Verabschiedung der Resolution im November 1947 – und nicht, wie die zionistische Propaganda suggeriert, infolge einer arabischen „Invasion“, die erst ein halbes Jahr später erfolgte – intensivierten zionistische Terrormilizen⁴ ihre Angriffe auf arabische Dörfer. Die britischen Truppen und die Kolonialpolizei waren durch ihre Anwesenheit vorerst noch ein Hindernis für die volle Entfaltung der Aggressionen. Sie schauten aber im Wesentlichen weg, wenn wieder ein palästinensisches Dorf oder ein Stadtteil angegriffen wurden. Bereits in den Jahren zuvor hatten eigens

Was war die UNO 1947?

Die UNO von heute hat 194 Staaten als Mitglieder und ihre Beschlüsse richten sich nach wie vor nach den Interessen der alten Imperien Grossbritannien, Frankreich, USA sowie Russland und China, die sich das Privileg zugeeignet haben, gegen Beschlüsse, die ihren Interessen widersprechen, ihr exklusives Veto einlegen zu können. Die UNO von 1947, im zweiten Jahr nach ihrer Gründung, bestand aus 57 Staaten, darunter die einflussreichen Sieger des eben beendeten Krieges gegen Nazideutschland. Mehrere dieser Mitgliedsländer standen noch unter direkter oder indirekter kolonialer Kontrolle. Jordanien, unmittelbarer Nachbar Palästinas, war damals noch nicht einmal Mitglied. Ein Gremium folglich von zweifelhafter Repräsentanz und fataler Abhängigkeit.

gebildete zionistische Erkundungstrupps alle arabischen Wohngebiete Palästinas akribisch ausgekundschaftet und dokumentiert. Auf dieser Basis wurden Pläne entwickelt, die der sogenannten territorialen „Verbesserung“ des jüdischen Staatsgebietes dienen sollten. Nach Plänen A und B wurde ab dem 10. März 1948 – gut zwei Monate vor Staatsausrufung – der von der Haganah erstellte Plan Dalet (D) umgesetzt. Dieser legte detailliert die zu erwerbenden Gebiete und auch Art und Weise fest, wie deren Räumung und Zerstörung vor sich gehen sollte. Die ethnischen Säuberungen waren geheimdienstlich minutiös geplant.⁵

Die Ausrufung des Staates Israel erfolgte im Handstreich – entgegen den Absichten und dem Zeitplan der UNO und unter Verletzung der expliziten Bedingungen, welche die Resolution 181 stellte. Damit wurden vollendete Tatsachen geschaffen und jede friedfertige Lösung wurde von vornherein verunmöglicht. Wie zahlreiche ZionistenInnen in den Jahrzehnten zuvor bereits vorgesehen hatten,⁶ wurde Palästina daraufhin unverzüg-

lich weitgehend ethnisch gesäubert, das für einen arabischen Staat vorgeschlagene Gebiet wurde überfallen und das als Teil einer internationalen (multireligiösen) Zone vorgesehene Westjerusalem erobert. Die UNO, die den friedlichen Übergang zu garantieren versprach, war nicht willens oder in der Lage, die zionistische Aggression zu unterbinden.

Der Ablauf der ethnischen Säuberungen

Schon im Sommer 1947 – Monate vor der UNO-Resolution – begann die Haganah mit der Mobilisierung von Kämpfern und deren Organisation in Brigaden.⁷ Es folgten mehrere Attacken und Terroranschläge gegen arabische Dörfer und deren Infrastruktur und Auseinandersetzungen mit bewaffneten PalästinenserInnen, die sich zur Wehr setzten. Ab Dezember 1947 – unmittelbar nach der Abstimmung in der UNO – intensivierten die zionistischen Milizen ihre Säuberungsaktionen. Die Entvölkerung arabischer Quartiere Westjerusalems und der umgebenden Dörfer begann. Am 9. April wurde das wohl bekannteste der zahlreichen Massaker im Hirtendorf Deir Yassin verübt. Am 12. April fand in Nasr al'Din bei Tiberias ein weiteres Massaker statt. Kurz darauf wurde die Gegend um den See Genezareth, mit den Ortschaften Safed und Tiberias, ethnisch gesäubert und ab 13. April Ortschaften in Westgaliläa angegriffen. Häuser, Produktionsstätten, Waren- und Nahrungsmittelager sowie Vieh wurden beschlagnahmt oder vernichtet, Habseligkeiten geplün-

dert. Es kam zu Folter, Exekutionen und Vergewaltigungen. Am 21. April wurden erstmals die arabischen Wohngebiete von Haifa, in dessen noch immer von britischen Truppen besetztem Hafen Waffenlieferungen für die zionistischen Milizen⁸ erwartet wurden, von der Haganah überfallen und Zehntausende Menschen vertrieben. Nach Angriffen auf die arabischen Städte Lydda und Ramla Ende April übernahmen die zionistischen Milizen nach und nach die britischen Stützpunkte der Umgebung, u.a. das nahegelegene Flugfeld von Beit Daras, wo später Waffentransporter landeten und heute der nach Ben Gurion benannte Flughafen steht. Ab dem 4. Mai folgten Angriffe auf die arabische Stadt Jaffa (bei Tel Aviv), denen die Säuberung und Zerstörung der Ortschaften der weiteren Umgebung folgten. Nicht die Juden und Jüdinnen, sondern die PalästinenserInnen wurden dort buchstäblich ins Meer getrieben, als sie versuchten, mit Booten nach Gaza zu flüchten.

Das alles geschah zu einem Zeitpunkt, als noch britische Truppen in Palästina die polizeiliche und militärische Macht ausübten, und vor der Staatsausrufung Israels und der Intervention der arabischen Nachbarstaaten. Am 14. Mai, dem Tag der Staatsausrufung und vor der formalen Auflösung des britischen Mandats (15. Mai 1948), ist bereits mehr als ein Drittel der palästinensischen Bevölkerung vertrieben, 200 Dörfer sind gesäubert, alle Städte, auch die im für den arabischen Staat vorgeschlagenen Gebiet, sind besetzt und

1901: Herzl trifft den türkischen Sultan Abdülhamid II. in Istanbul zum zweiten Mal. Er bietet an, dass die Zionistische Weltorganisation als Gegenleistung für die Unterstützung eines jüdischen Staats in Israel die türkischen Schulden übernehmen wird.

1905: Chaim Weizmann freundet sich mit dem konservativen britischen Parlamentarier Arthur James Balfour an. Er und weitere ZionistenInnen beginnen, bei Mitgliedern der britischen Regierung für einen zionistischen Staat in Palästina zu lobbyieren.

1914: Das Osmanische Reich tritt auf der Seite Deutschlands in den Ersten Weltkrieg ein und verübt den Völkermord an den ArmenierInnen. Grossbritannien greift türkische Truppen im Irak an.

1915: Die Haschemiten schlagen sich auf die Seite Grossbritanniens und erheben sich gegen das Osmanische Reich.

1916: Mit dem Sykes-Picot-Abkommen teilen Frankreich und Grossbritannien den Nahen Osten unter sich auf. Palästina fällt in die britische Zone. Das Abkommen bleibt bis 1917 geheim.

3 www.unric.org/de/charta

4 Die wichtigste zionistische Miliz, die Haganah, wurde 1920 gegründet und kooperierte mit den britischen Kolonialtruppen gegen die arabische Bevölkerung Palästinas. 1941 entstand Palmach, eine Elitetruppe der Haganah, zuständig für Undercover-Anschläge. Irgun (geleitet vom späteren Ministerpräsidenten Israels Menachem Begin) spaltete sich 1931 von der Haganah ab. Die Lechi/Stern Gang (unter dem späteren Ministerpräsidenten Israels Yizhack Shamir) war ihrerseits eine rechte Abspaltung der Irgun. Die drei Milizen wurden am 31. Mai 1948 zur israelischen Armee (IDF) zusammengeschlossen. Siehe auch Pappé Seite 36 ff. oder Flapan Seite 44.

5 Siehe Pappé Seiten 40 und 53, Flapan Seite 69.

6 Herzl 1895: „Wir werden versuchen, die ärmsten Teile der Bevölkerung auf der anderen Seite der Grenze anzusiedeln und ihnen zur Beschäftigung in den Aufnahmelandern verhelfen, aber ihnen die Beschäftigung in unserem Land vorenthalten.“

Ben Gurion: 1938: „Ich bin für eine Zwangsumsiedlung. Ich sehe darin nichts Unmoralisches.“

Yosef Weitz 1940: „Der einzige Weg ist, die Araber von hier in die Nachbarländer umzusiedeln.“ „Nicht ein einziges Dorf oder ein einziger Stamm darf übrigbleiben.“ „Der Transfer muss durch ihre Aufnahme in Irak und Syrien und sogar Transjordanien stattfinden.“ „Nur dann wird das Land Millionen Juden aufnehmen können.“ Beispiel siehe auch Pappé, S. 96 oder Flapan, S. 52 und 86.

7 Die zionistischen Brigaden der Haganah: „Golani“ für das östliche Galiläa und entlang des Jordan, „Carmeli“ für das westliche Galiläa und Haifa, „Givati“ für den Süden um Beersheva, „Negev“ für den Negev im Süden, „Alexandroni“ für Zentralpalästina und die Küstenregion, „Etzioni“ für Jerusalem und Umgebung, „Kiryati“ für Tel Aviv und Umgebung sowie „Yftach“, „Harel“ und „Odet“.

8 Operation BALAK wurde eine Initiative zur Beschaffung von Waffen genannt. Mit Stalin waren Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei vereinbart. Darunter befanden sich, nebst Maschinengewehren, Panzern und schwerer Artillerie, 25 tschechische Messerschmitt M-109. Ergänzt wurden diese von mehreren Dutzend Jagdkampfflugzeugen des britischen Typs Spitfire sowie drei B-17, fliegenden Festungen aus Restbeständen des Weltkrieges. Zudem verfügten die ZionistenInnen über eigene Produktionsstätten für Waffen (nebst Kleinwaffen und Munition z.B. 76 mm Mörser/Granatwerfer, Flammenwerfer und Fassbomben).



Die B-17-Bomber auf einer israelischen Gedenkmarke

teilweise entvölkert, acht Quartiere Jerusalems erobert und 39 Ortschaften in der Umgebung dem Erdboden gleichgemacht. Isdud (heute israelisch Ahsdod) und Majdal (heute israelisch Ashkelon) wurden am 29. Mai – 14 Tage nach erfolgter Staatsausrufung – bombardiert. Danach wurden Beersheba und zwischen dem 12. und 16. Juni die Städte Lydda und Ramla vollständig erobert und ethnisch gesäubert. Flüchtlinge wurden ohne Verpflegung und Ziel auf Todesmärsche geschickt. Unter schwerem Artilleriefeuer kapitulierte im Juli 1948 schlussendlich die ganze Provinz Acre mit der Stadt Akko im Norden von Galiläa und damit das letzte für den palästinensischen Staat vorgeschlagene fruchtbare und wasserreiche Gebiet. Die Eskalation des Krieges ist damit, nicht ohne Risiko, aber in der Gewissheit militärischer Überlegenheit und breiter Unterstützung aus West und Ost, von den ZionistInnen und nicht von den AraberInnen ausgelöst worden.

MACHAL nennt sich eine Organisation, welche weltweit Rekrutierungszentren betrieb und den zionistischen Milizen und später der israelischen Armee Tausende im Zweiten Weltkrieg trainierte Freiwillige, sogenannte Machalniks, zum Kriegsdienst nach Palästina schickte. Noch heute rekrutiert Machal Freiwillige für den Kriegsdienst in der israelischen Armee, darunter offenbar auch einige SchweizerInnen.

Weshalb haben die arabischen Führer interveniert?

Als die ersten regulären arabischen Armeeeinheiten intervenierten, waren bereits Hunderttausende Menschen vertrieben und überfüllten Städte und Flüchtlingslager der Umgebung. Erst dann – nicht zuletzt aufgrund des Rumorens in der eigenen Bevölkerung und um das Gesicht nicht vollends zu verlieren – beschlossen die arabischen Herrscher einzugreifen. Ihre Motive hätten unterschiedlicher nicht sein können. War es die Absicht von Jordaniens Emir Abdallah, sich

den für den arabischen Staat vorgeschlagenen Teil Palästinas unter den Nagel zu reissen, um unter Einbezug Syriens und sogar eines Teils des angrenzenden Saudi-Arabiens das von ihm angestrebte „Grosssyrien“ zu verwirklichen, so wollte der ägyptische Herrscher König Faruk dies mit allen Mitteln verhindern und hätte es vorgezogen, in Palästina einen arabischen Rumpfstaat unter seiner Abhängigkeit entstehen zu lassen. Dies nicht zuletzt, um weitere britische Stützpunkte in seiner Umgebung zu verhindern. Im Übrigen fanden just zur Zeit der Säuberungen mehrere Gespräche zwischen der zionistischen Führung und Abdallah statt, bei denen es um Grenzen der Intervention Jordaniens und die Möglichkeit eines „Transfers“ der Bevölkerung Palästinas in dieses Land ging.

Woraus bestanden die „Arabischen Armeen“?

Die arabischen Herrscher Jordaniens, Ägyptens und des Iraks waren von den Kolonialmächten eingesetzte Diktatoren. Ihre Länder standen wenige Jahre zuvor noch unter vollständiger kolonialer Kontrolle. In Ägypten, im Irak und in Jordanien standen 1948 noch immer britische Truppen. Der Herrscher des Iraks, König Faisal II., war durch massive britische Investitionen in die irakischen Ölfelder gehemmt, und auch er stand in totaler Abhängigkeit von britischen Offizieren und Waffen. Syrien, zwei Jahre zuvor aus der Kolonialherrschaft entlassen, war formal bereits eine Republik unter Staatspräsident Schukri al-Quwatli und hatte nicht vor, sich vom Nachbarn Abdallah vereinnahmen zu lassen. Das Land kooperierte entsprechend mit dem Ägypter Faruk. Die kleine libanesische Armee, konfessionell gespalten, war 1948 nicht einmal in der Lage, ihre südlichen Provinzen zu verteidigen und ein Massaker der israelischen Armee auf ihrem Territorium, im Grenzort Hula, zu verhindern.

9 Die Arabische Errettungsarmee war eine von der arabischen Liga finanzierte Freiwilligen-truppe, deren Aufgabe es gewesen wäre, den für den arabischen Staat vorgeschlagenen Teil Palästinas zu beschützen. Entsprechend der unterschiedlichen Interessen der arabischen Herrscher war sie jedoch eher eine Konkurrenz zum palästinensischen Widerstand als dessen Verstärkung.

Die Bewaffnung der Araber stammte zum grossen Teil aus dem Ersten Weltkrieg, einige ihrer Truppenteile bestanden aus kamelreitenden Beduinenkriegern. Die einzige arabische Armee, die 1948 über eine einigermaßen kampfstärke, kriegserprobte Mannschaft verfügte, war die Arabische Legion des Haschemiten Abdallah von Jordanien. Diese eigentliche Leibgarde wurde zu dieser Zeit von britischen Offizieren befehligt. Oberbefehlshaber war ein Geadelter namens Sir John Bagot Glubb. Was diese Truppe bekämpfte, waren in erster Linie die Reste des lokalen palästinensischen Widerstands und die ägyptischen Widersacher und erst in zweiter Linie die ethnischen Säuberungen der ZionistInnen. Die Arabische Legion hat dann auch, von gefechtspezifischen Einzelfällen abgesehen, nie das Gebiet betreten, das von der UNO für den jüdischen Staat vorgeschlagen war. Die Jordanier verteidigten im Wesentlichen das heutige Westjordanland, die Ägypter die Umgebung von Gaza, die Syrer das nördliche Jordantal und gemeinsam mit irakischen Truppen sowie einer Freiwilligen-truppe, die sich Armee der Errettung⁹ nannte, Galiläa. Auch deren Kampfhandlungen berührten nur im Ausnahmefall Gebiet, das die UNO für den jüdischen Staat vorgeschlagen hatte. Von einem Überfall überlegener arabischer Armeen auf den kleinen, quasi wehrlosen jüdischen Staat zu sprechen, ist jedenfalls eine klare Geschichtslüge.

Hinweis: Der Autor geht vom Grundsatz aus, dass eine von fremden Mächten mit militärischen Mitteln angegriffene, ansässige Bevölkerung das völkerrechtlich anerkannte Recht hat, sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gegen ihre Unterdrückung zur Wehr zu setzen. Demnach war die Bevölkerung Palästinas zu jeder Zeit dazu berechtigt, sich gegen Okkupanten wie die britische Kolonialmacht und die mit diesen zusammenarbeitenden bewaffneten zionistischen SiedlerInnen, zu verteidigen.

Eine erfolgreiche Kampagne von unten wird von oben bekämpft

Redaktion www.bds-kampagne.de

Innerhalb kurzer Zeit wurden in mehreren deutschen Städten von PolitikerInnen diverser Fraktionen Anträge gestellt, die die Vergabe von Räumen für BDS-Veranstaltungen verbieten sollen. Kombiniert wird dieser Angriff auf die freie Meinungsäusserung mit massiven Verunglimpfungen der Inhalte der BDS-Kampagne.

Im August 2017 stimmte der Magistrat von Frankfurt/M für eine vom CDU-Bürgermeister Uwe Becker eingebrachte Vorlage: „Vorgehen gegen antisemitische BDS-Bewegung“. BDS wird unterstellt, Boykott und Diffamierung als Mittel einzusetzen, um den Staat Israel zu delegitimieren. Im Juli stellten in München die Fraktionen von SPD und CSU im Stadtrat den Antrag: „Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung (boycott, divestment and sanctions)“. Darin heisst es: „Weder die Zielsetzung der BDS-Kampagne noch die antisemitische Stimmungsmache, die mit dieser einhergeht, sind vereinbar mit einer demokratischen, respektvollen und offenen Stadtgesellschaft.“ Auch der regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, dessen SPD-Landesverband bereits im Mai 2017 einen gleichlautenden Beschluss gefasst hatte, legt nach. In einem Interview mit der „Jüdischen Allgemeinen“ behauptet er: „BDS steht mit antisemitischen Schildern vor jüdischen Geschäften. Das sind unerträgliche Methoden aus der Nazizeit.“ Ein rechtssicheres Raumvergabe-Verbot, so Müller, werde geprüft. Die SPD-Fraktion im Kölner Stadtrat zieht nun möglicherweise mit einem gleichlautenden Antrag nach.

Die Inhalte aller vier Vorschläge, über die in den jeweils zuständigen Gremien bislang noch nicht abgestimmt wurde, sind nahezu identisch: Räumlichkeiten der Stadt oder kommunaler Institutionen sollen nicht

mehr für BDS-Aktivitäten vermietet und Zuschüsse für Vereine und Organisationen, die BDS-Aktivitäten unterstützen, verwehrt werden. Private Vermieter werden aufgerufen, ebenso zu verfahren. Im Grundtenor der Vorschläge wird die BDS-Bewegung ohne weitere Ausführungen als antisemitisch diffamiert und in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt. So geschichtsvergessen und falsch derartige Vergleiche sind, so wenig kommen sie überraschend. Die internationalen Erfolge der BDS-Kampagne haben die Verantwortlichen in der Politik aufhorchen lassen. Ihre bedingungslose Unterstützung der israelischen Politik, gerade in Deutschland, wird durch die Erfolge der BDS-Kampagne herausgefordert.

Aggressives Klima

Derweil sagte am 20. September 2017 die britische Künstlerin Kate Tempest ihren für den 6. Oktober vorgesehenen Auftritt in Berlin ab. Sie begründet ihren Schritt damit, dass „es weder ein angemessener noch ein sicherer Rahmen für mich wäre, meine Kunst zu präsentieren“. Sie hatte zahlreiche Hassmails und Drohungen erhalten, da sie zusammen mit über 1000 anderen KünstlerInnen den Aufruf der Artists for Palestine UK zum kulturellen Boykott Israels unterschrieben hatte.

Ein Blick nach Europa

Eine andere Haltung als die deutschen PolitikerInnen vertritt die EU-Kommission. Auf die Frage der Europaparlamentarierin Martina An-

derson, ob sie das Recht von BDS-AktivistInnen auf das Ausüben ihrer demokratischen Meinungsfreiheit zu schützen gedenkt, antwortete im Namen der Kommission EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini: „Die EU schützt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die auf dem Gebiet aller EU-Mitgliedstaaten anwendbar ist, auch im Hinblick auf die in diesem Gebiet durchgeführten BDS-Aktivitäten. Die Meinungsfreiheit ist laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch für Informationen und Ideen anwendbar, welche den Staat oder irgendeinen Teil der Bevölkerung verletzen, schockieren oder beunruhigen.“

Der Repression von oben begegnen wir mit der internationalen Solidarität von unten!

Nachtrag: 28.09.2017: Der von Uwe Becker eingebrachten Vorlage wurde mit der Maßgabe zugestimmt, dass der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main prüft und berichtet, ob und wie die Inhalte der Vorlage umzusetzen sein könnten (siehe bit.ly/2vwyCpLZ), mit anderen Worten: Der Magistrat soll prüfen, ob die Stadt der BDS-Bewegung Räume verweigern darf und ob das vor einem Gericht Bestand haben würde (siehe Frankfurter Rundschau vom 29.09.2017: bit.ly/2wzJnR3)

Weitere Links

Frankfurt: bit.ly/2fv7jOt
München: bit.ly/2xH3Api
Berlin: Pressemitteilung Zentralrat der Juden in Deutschland: bit.ly/2fxnCu0
 Interview Jüdische Allgemeine bit.ly/2xQ0W2D
EU Kommission zu BDS: bit.ly/2rCBdrz



Palästinensisches Olivenöl
 ganzjährig zu beziehen für 21 Fr. (0,75 l)
 Bezug ► www.sumoud.ch

Die Katastrophe vor der Katastrophe

Birgit Althaler

Die dramatische Veränderung der demografischen und räumlichen Realität in Palästina im Lauf der Nakba ist relativ gut bekannt. Vergleichsweise wenig beleuchtet ist deren materielle Dimension. Noch seltener thematisiert sind die Vorbedingungen für die gewaltsame Aneignung des Landes durch die zionistische Bewegung ab November 1947.



Anfang 1949 machte der Anteil der jüdischen Bevölkerung im ehemaligen Mandatsgebiet Palästina 80 Prozent der Bevölkerung aus und sie hatte 77 Prozent des Landes unter ihre Kontrolle gebracht. Zwei Jahre zuvor belief sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung auf weniger als ein Drittel und der private oder gemeinschaftliche jüdische Landbesitz beschränkte sich auf rund 7 Prozent.

Rund 500 palästinensische Ortschaften wurden in diesen zwei Jahren ihrer Bevölkerung entleert und später zerstört. Die PalästinenserInnen in den Städten wurden grösstenteils ebenfalls vertrieben, sodass sie etwa in Jaffa, Haifa und Tiberias zu einer kleinen Minderheit wurden. Intakt blieben nur 81 palästinensische Dörfer und eine einzige Stadt, Nazareth. Diese wird seither und bis heute, wie die anderen palästinensischen Gemeinden und Stadtteile, an jeder wirtschaftlichen Expansion, z.B. durch

Schaffung von Industriezonen oder Einkaufszentren ausserhalb des ursprünglich Stadtgebiets, gehindert.

Dimension der Aneignung

Neben Grundbesitz liessen die palästinensischen Flüchtlinge Häuser und Wohnungen samt Mobiliar und Hausrat, Vieh, Fahrzeuge und landwirtschaftliche Geräte, Gebäude wie Schulen, Kliniken und Spitäler, Büros, Einkaufszentren, Werkstätten und Unternehmen mit ihren Lagerbeständen, Banken mitsamt deren Guthaben, Verkehrsmittel und Telekommunikation, öffentliche Parks und vieles mehr zurück. Für die Minderheit der im Land gebliebenen PalästinenserInnen änderten sich die Rahmenbedingungen radikal. Die Bauern hatten oft keinen Zugang mehr zu ihrem Land und oft auch nicht zu ihren Häusern. Für Gewerbetreibende und Händler brachen Versorgungs-

und Absatzmärkte zusammen. Die Kontrolle über die ganze Infrastruktur sowie die Ressourcen fiel in die Hände einer kolonialen Bewegung, deren Absicht war, die ursprüngliche Bevölkerung zu ersetzen. Westjordanland und Gazastreifen behielten zwar ihren arabischen Charakter, doch die Lage war geprägt durch die plötzliche Notwendigkeit, eine riesige Flüchtlingsgemeinschaft zu versorgen, und durch die Abgeschnittenheit vom restlichen Land. „Materiell zerschlug die Nakba die sozioökonomischen Strukturen Palästinas. Die arabische Wirtschaft wurde praktisch zerstört“, schreibt der Historiker und Nahostexperte Michael R. Fischbach.

Der Wert des zurückgelassenen privaten Grundbesitzes, also ohne gemeinschaftliches Weideland, Gemeindebesitz etc., wurde von einer UN-Kommission (nach damaligem Wert) auf rund 820 Millionen \$ geschätzt, spätere Berechnungen von palästinensischen Ökonomen und anderen Fachleuten kommen auf rund 1625 Mio. \$ an verlorenem Land, 954 Mio. \$ an zurückgelassenen Gebäuden und bis zu 453 Mio. \$ an beweglichem Eigentum. In Bezug auf Dimension und Geschwindigkeit dieser völligen Umformung des Landes innerhalb von knapp eineinhalb Jahren nehmen sich andere koloniale Eroberungen vergleichsweise bescheiden aus. Der zionistischen Bewegung und dem neu ausgerufenen Staat Israel bescherte die Nakba eine enorme Kriegsbeute an wirtschaftlichen Ressourcen, für die bis heute keinerlei Kompensation, geschweige denn Rückerstattung geleistet wurde.

Historisches Kapital des Siedlerkolonialismus

Für die PalästinenserInnen wie für die zionistische Bewegung stellt die Nakba unbestritten einen Wendepunkt dar. Der Fokus auf die Nakba als Katastrophenereignis und erst recht deren völlig falsche Reduzierung auf einen

Krieg zwischen dem zukünftigen Staat Israel und seinen arabischen Nachbarländern blenden die Vorgeschichte und die kolonialen Rahmenbedingungen des zionistischen Projekts in Palästina jedoch weitgehend aus. Diese These vertritt der australische Anthropologe Patrick Wolfe, der sich intensiv mit verschiedenen Formen des Siedlerkolonialismus befasst hat. In einer Untersuchung über die Vorbedingungen der Nakba weist er auf Ähnlichkeiten des Zionismus mit anderen Kolonialbewegungen, aber auch auf Besonderheiten des zionistischen Projekts hin.

Der Zionismus als klassisches Beispiel eines Siedlerkolonialismus ist gekennzeichnet durch die Absicht, die einheimische Bevölkerung durch die SiedlerInnen zu ersetzen. Wie andere Kolonialbewegungen konnte auch der Zionismus ein historisches Kapital aus wirtschaftlichem, technologischem, militärischem und kulturellem Wissen mobilisieren, das sich auf die jahrhundertelange Erfahrung des europäischen Kolonialismus stützt. Ein dynamisches und personell wie finanziell fast unerschöpflich erneuerbares Kapital prallte auf eine einheimische Gesellschaft mit relativ beschränkt erneuerbaren Ressourcen. Palästina war durch die koloniale Politik des Osmanischen Reichs und Grossbritanniens bereits marginal in den globalen Kapitalismus eingebunden. Die zionistische Bewegung trat das Erbe der niedergehenden Kolonialmacht Grossbritannien an und wurde von dieser rechtlich, materiell, logistisch und militärisch unterstützt.

Von anderen siedlerkolonialen Bewegungen unterschied sich der Zionismus aber in zwei wesentlichen Aspekten: Zum einen vermied er als weltweite Strömung die enge Anbindung an ein einziges „Mutterland“. Das Finanzkapital wurde weltweit aufgetrieben, das Humankapital vor allem in Osteuropa, während die führenden Köpfe eher aus Westeuropa stammten. Mit dieser relativen Ungebundenheit konnten die eigenen Interessen pragmatisch und bei Bedarf – vor allem in den kurzen Phasen der Dissonanz, als die britische

Mandatsmacht die Zuwanderung und den Landerwerb beschränken wollte – auch gegen den Willen der Kolonialmacht verteidigt werden.

Schaffung exklusiver Gebiete

Zum anderen legten die ZionistenInnen bis 1947 Wert darauf, Land unter zumindest formaler Einhaltung der bestehenden Kolonialgesetze legal zu erwerben, anstatt sie militärisch zu erobern. Wobei die militärische Dimension bei der Niederschlagung arabischer Proteste durchaus eine Rolle spielte und die zionistischen Milizen dabei mit den Briten kooperierten. Für den Landerwerb wurden der rechtliche Rahmen und die sozioökonomischen Gegebenheiten geschickt und pragmatisch genutzt, etwa durch den Kauf von Grossgrundbesitzern, die den Boden nicht selbst bewirtschafteten, den Landerwerb durch Mittelsmänner oder die Nichtanerkennung traditioneller Landrechte. Dabei hatte das strategische Ziel der Schaffung von zusammenhängenden Gebieten im Hinblick auf den zu gründenden exklusiv jüdischen Staat oberste Priorität, selbst wenn die Grundstücke ökonomisch keinen besonderen Wert hatten. Ein Teil des Landes blieb sogar unbestellt, da es mit der Anzahl immigrierter SiedlerInnen gar nicht bewirtschaftet werden konnte, und wurde im Sinn des strategischen Langzeitziels gekauft.

Kein Rentabilitätszwang

Ein weiterer einzigartiger Vorteil des zionistischen Kolonialunternehmens war, dass die Geldgeber aus der globalen zionistischen Bewegung keinen Ertrag aus ihren Investitionen erwarteten. Unter diesen komfortablen Bedingungen konnte sich beispielsweise der Jewish National Fund massiv verschulden, um angesichts drohender britischer Restriktionen noch möglichst viel verfügbares Land zu erwerben. Bis heute profitiert der israelische Staat von einer nicht renditegebundenen Kapitalzufuhr, namentlich in Form der finanziellen Unterstützung durch zionistische Organisationen aus aller Welt und der gigantischen Militärhil-

2. November 1917: Der britische Aussenminister Balfour veröffentlicht eine Deklaration zugunsten einer jüdischen Heimstätte in Palästina. Zu dieser Zeit leben 600'000 PalästinenserInnen und 55'000 Juden und Jüdinnen im Mandatsgebiet.

30. November 1917: Britische Truppen marschieren in Jerusalem ein. Kurz danach trifft Weizmann als Vorsteher einer zionistischen Kommission ein, die die jüdische Einwanderung organisiert.

1920 Gründung der ersten zionistischen Siedlermiliz, der Haganah. Internationale Konferenzen in Sèvres (F) und San Remo (I) bereiten die Auflösung des Osmanischen Reichs und das britisch-französische Mandatssystem, das auf dem Sykes-Picot-Abkommen basiert, vor.

1922: Das britische Mandat in Palästina wird formalisiert. Es umfasst sowohl Palästina als auch Transjordanien östlich des Jordanflusses. Später wird das Mandat in zwei separate Gebiete aufgeteilt.

1923: Die massive jüdische Einwanderung nach Palästina wird von Grossbritannien nach Protesten der einheimischen Bevölkerung eingeschränkt.

1929: Die freie Einwanderung von Jüdinnen und Juden wird wieder zugelassen. In einem Aufstand wehren sich PalästinenserInnen gegen die zionistische Kolonisierung. Die Revolte wird von der britischen Kolonialmacht niedergeschlagen.

1931: Die zionistische Miliz Irgun wird von Menachem Begin, dem späteren israelischen Ministerpräsidenten, gegründet.

1936–1939: In einer Revolte greifen PalästinenserInnen zionistische und britische Ziele an. Im Frühjahr 1938 erreichen die Proteste mit rund 15'000 bewaffneten Aufständischen ihren Höhepunkt. Die britische Kolonialmacht schlägt den Aufstand mit Hilfe zionistischer Milizen brutal nieder: Die palästinensische Wirtschaftskraft wird stark geschädigt, die Altstadt von Jaffa fast komplett zerstört und rund 10% der waffenfähigen Palästinenser werden entweder interniert oder fliehen ausser Landes.

10. März 1947: Der Dalet-Plan, der vierte einer Reihe von ähnlichen Plänen, wird der paramilitärischen Organisation Haganah übergeben. Er beinhaltet Anweisungen für die Übernahme Palästinas, inklusive Pläne für die ethnische Säuberung und Vertreibung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung.

29. November 1947: Die neu gegründete UNO schlägt einen Plan vor, der zur Teilung des Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat führen sollte.

Ende November 1947: Zionistische Milizen beginnen mit der ethnischen Säuberung palästinensischer Dörfer und Stadtteile.

19. März 1948: US-Präsident Harry Truman lehnt die Teilung Palästina ab.

14. Mai 1948: Das britische Mandat endet und die britischen Truppen sowie die britische Verwaltung verlassen Palästina. Israel erklärt seine Unabhängigkeit. Um jüdische Unterstützung für seine Wiederwahl zu gewinnen, erkennt US-Präsident Truman Israel als unabhängigen Staat an.

fe durch die USA, die allein rund fünf Milliarden Dollar jährlich ausmacht.

Die Mischung aus dieser speziellen Form der Finanzierung und dem Gewicht, das auf den Erwerb zusammenhängenden Landes gelegt wurden, bildeten die Grundlage für die als Eroberung der Arbeit (Avoda Ivrit) bekannte Strategie. Dabei ging es im Bereich von Arbeit und Wirtschaft darum, einen von der einheimischen arabischen Bevölkerung separaten jüdischen Sektor aufzubauen. Dieses Konzept wurde ab 1905 von der jüdischen Arbeiterorganisation Hapoel Hatzair eingeführt und kurz darauf von der 1901 gegründeten Zionistischen Weltorganisation begeistert aufgegriffen. Die palästinensischen Unterschichten wurden von den zionistischen SiedlerInnen systematisch ausgegrenzt. Die Histadrut als gewerkschaftsähnliche Vertretung der jüdischen Arbeiterschaft und Unternehmerin in einem schloss die Mitgliedschaft palästinensischer Arbeitskräfte aus. Auch für diesen Bereich galt, dass wirtschaftliche Rationalität und die Wettbewerbsfähigkeit mit dem arabischen Sektor anfänglich keinerlei Priorität hatten und entsprechende Mehrkosten bei Bedarf durch die Sponsoren aus der zionistischen Weltbewegung aufgefangen wurden. Auf Dauer entzog dieser hochsubventionierte, aber separate Sektor, ohne den weder die Kibbuzbewegung noch der jüdische Staat lebensfähig gewesen wären, der einheimischen arabischen Wirtschaft zunehmend ihre Subsistenzmittel. Unterstützt wurde diese Politik explizit durch Grossbritannien, das in Artikel 6 des Mandatsvertrags, der an die Versprechen der Balfour-Deklaration anschloss, explizit die Erleichterung der jüdischen Immigration, deren Ansiedlung und die „intensive Kultivierung“ des Landes in Zusammenarbeit mit der Jewish Agency vorsah.

Rigoroses Enteignungskonzept

In den genannten Aspekten, die den Zionismus spezifisch auszeichnen, sieht Wolfe eine Zuspitzung sied-

lerkolonialistischer Praktiken. Diese wurden in Palästina durch ein rigoros geplantes Konzept der Enteignung der einheimischen Bevölkerung schon ein halbes Jahrhundert vor der Nakba verfolgt. Der Anteil an Land, den die zionistische Bewegung bis 1947 in ihren Besitz bringen konnte, war nicht besonders gross. Gestützt auf das aus den Metropolen mitgebrachte historische Kapital und die Kombination aus ethnischer Exklusivität und nicht an Rentabilitätskriterien gebundener Finanzierung gelang es aber, ein zusammenhängendes Gebiet zu schaffen, das den im Mandatsgebiet Palästina zu errichtenden Staat vorwegnahm. Die Abstimmung über den Teilungsplan und der bevorstehende Abzug der Briten boten den willkommenen Anlass, der Eroberung des Landes – diesmal mit militärischen Mitteln – in Riesenritten näher zu kommen und zugleich am Ziel einer ethnisch-religiös exklusiven Gesellschaft festzuhalten. „Vor diesem Hintergrund bedeutete die Nakba lediglich eine wenn auch radikale Beschleunigung des [...] zuvor nur in ‚Slow-Motion‘ möglichen Prozesses der Enteignung der einheimischen Bevölkerung Palästinas, um einen eigenen kolonialen Staat aufzubauen.“

Quellen

Michael R. Fischbach, Die Katastrophe von 1948, in: Palästina und die Palästinenser, 2011, bit.ly/2x3stuQ
Patrick Wolfe: Purchase by other Means, The Palestine Nakba and Zionist's Conquest of Economics. 2013 bit.ly/2wZDOi6

Unter den palästinensischen Fachleuten, die die ökonomische Dimension der Nakba erforscht haben, seien insbesondere der Ökonom Yusif al-Sayigh sowie Salman Abu Sitta genannt. Letzterer hat den Atlas of Palestine 1948 (London 2004) herausgegeben. Siehe auch seine Website www.plands.org

Der „Judenstaat“ von Herzl und die kolonialen Wurzeln des Zionismus

Alan da Luz

Theodor Herzl hat der zionistischen Ideologie, welche zur Nakba führte, die Grundlage gegeben: zuerst 1895 mit seinem Buch „Der Judenstaat“ und anschliessend 1897 mit der Einberufung des ersten Zionistenkongresses in Basel. Alle Schritte in der Enteignung des palästinensischen Volkes bis heute gründen auf die von Herzl entwickelten Pläne.



Die Ende des 19. Jahrhunderts entstandene zionistische Bewegung erklärte die Assimilation der Juden/Jüdinnen in Europa für unmöglich und entwickelte das Konzept, dass diese als vermeintliche Nation ein Land für sich haben müssten. Im Buch „Der Judenstaat“ rief Herzl zur Gründung eines solchen Staates in Palästina auf. Liest man dieses Buch, so fällt auf, dass die Tatsache, dass im gewählten Gebiet bereits eine Bevölkerung lebte, sowie die Frage, welche Rechte diese Bevölkerung in einem zukünftigen Judenstaat haben würde, völlig ignoriert werden: Die Territorien sollten mit der Unterstützung der Kolonialmächte von eingewanderten Juden/Jüdinnen als Keimzelle eines jüdischen Staats in Besitz genommen werden. Herzl wusste sehr

wohl, dass das gewünschte Gebiet bewohnt war, doch das kümmerte ihn nicht. Was ihn interessierte, war der Aufbau des „jüdischen Staates“, den er in seinem Buch minutiös beschreibt. Nach kolonialistischem Vorbild stellte er sich vor, dass man in eroberten Territorien Grenzen neu definieren, Einheimische enteignen oder vertreiben und das Land im Interesse der SiedlerInnen umbauen dürfe. Nach diesem Muster haben die Briten in mehreren Ländern Afrikas (zum Beispiel Kenia, Südafrika, Zimbabwe etc.) Einheimische enteignet, damit sich britische SiedlerInnen weite Territorien, ja sogar ganze Regionen aneignen konnten. In Palästina wurde dieser Prozess auf extreme Art vorangetrieben.

15. Mai 1948: Streitkräfte der arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und Irak greifen Israel an. Während des Kriegs setzt Israel die ethnische Säuberung Palästinas.

17. Mai 1948: Auch die Sowjetunion erkennt Israel an.

11. Dezember 1948: Mit der Resolution 194 fordert die UN-Generalversammlung unter anderem das Recht auf Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat.

1949: Der Krieg wird mit Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und den arabischen Kriegsparteien beendet. Bis zum endgültigen Kriegsende im Juli und darüber hinaus geht die ethnische Säuberung weiter. Über 750'000 PalästinenserInnen wurden seit 1947 vertrieben und 531 Dörfer und Städte entvölkert.



Eine im Kolonialismus des 19. Jahrhunderts verankerte Ideologie

Das Ignorieren der Existenz der einheimischen palästinensischen Bevölkerung und ihrer Rechte ist eine Konstante des Zionismus. Es entwickelte sich später zum offenen Verneinen sowohl der Existenz als auch der Rechte der PalästinenserInnen. Vom „Judenstaat“ über den berühmt-berühmten Satz von Golda Meir „There is no such thing as Palestinians“, den man noch heute in ähnlicher Form vorgehalten bekommt, bis zu den Sprüchen des heutigen Aussenministers Avigdor Lieberman¹ offenbaren sich wiederholt Ideologie und Ziele des Zionismus.

Die ethnische Säuberung, die Nakba, war in den Thesen von Herzl und in den Beschlüssen des Basler Kongresses bereits enthalten. Sie wurde von der zionistischen Bewegung von Anfang an als Ziel anerkannt und konnte schliesslich zwischen 1947 und 1949 weitgehend umgesetzt werden. Noch heute setzt Israel diese Politik fort, die PalästinenserInnen verwenden dafür die Bezeichnung „Ongoing Nakba“.

Lieblingssprüche der ZionistInnen über Palästina zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wie „a country without a people for a people without a country“ oder „Israel makes the desert bloom“ nähren seit über einem Jahrhundert das zionistische Narrativ des „leeren Landes“. Diese Formulierungen enthalten oft einen offenen kolonialistischen und rassistischen Beigeschmack im Sinne von „leer von Menschen, die des Namens Menschen würdig wären“ oder einer Region, voll von „umherstreifenden

Arabern (Beduinen) ohne echte Bindung zum Land“.²

Der Weg zur Balfour-Deklaration

In seinem Buch entwirft Herzl den Plan, bei relevanten imperialistischen Mächten zu lobbyieren, um ein Territorium für die Jüdinnen/Juden zu erhalten:

- Da Palästina damals Teil des Osmanischen Reiches war, wurde bald versucht, dem türkischen Sultan Abdülhamid II. die Idee des Judenstaates zu verkaufen (Herzl traf den Sultan zwei Mal zwischen 1897 und 1901).
- Weil das Deutsche Reich mit der Türkei verbündet war, wurde auch beim Kaiser lobbyiert (Herzl hatte 1898 in Jerusalem auch ein Gespräch mit dem Kaiser).
- Vor allem wurde aber daran gearbeitet, bei der dominierenden Kolonialmacht, England, die Idee des Judenstaates zu vermarkten. Umso mehr, als am Ende des Ersten Weltkriegs das Osmanische Reich zerfiel und die Deutsch-Türkische Allianz besiegt wurde. Der Zionismus konzentrierte sich zunehmend auf Grossbritannien, was schliesslich zur Balfour-Deklaration³ führte.

Entsprechend dem im „Judenstaat“ dargelegten Plan wurde am Basler Kongress von 1897 die World Zionist Organization (WZO) gegründet. Eine zentrale Aufgabe dieser Organisation war das Lobbyieren bei den Kolonialmächten: Chaim Weizmann, ein führender Zionist, der in England lebte, seit 1905 aktiv in der zionistischen Bewegung mitwirkte und 1920 zum

Präsidenten der WZO ernannt wurde, warb bei der britischen Regierung für den Plan der Errichtung eines Judenstaats in Palästina.

Die vom britischen Aussenminister Balfour 1917 unterzeichnete Erklärung, wonach die britische Regierung „die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen betrachtet“, geht wesentlich auf die Bemühungen von Chaim Weizmann zurück. (Seit 1914 hatte Weizmann führende englische Staatsbeamte für die Idee der „Jüdischen Heimstätte“ gewonnen.) Interessant ist dabei der zweite Teil des Satzes, wonach „nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina [...] infrage stellen könnte“. Die PalästinenserInnen erschienen hier bloss als „Gemeinschaft von Nicht-Juden“ und nicht als Volk oder Bevölkerung mit einer eigenen Identität und eigenen Rechten. Ihre Enteignung wird hier bereits verbal vorweggenommen, indem sie in Bezug auf die zukünftige Kolonialbevölkerung als „Nicht-Juden“ definiert werden. Das Versprechen, „ihre Rechte zu schützen“, muss als Bestandteil der imperialistisch-kolonialistischen Lippenbekenntnisse gesehen werden, um kolonisierten Völkern Rechte in Aussicht zu stellen, die faktisch mit Füßen getreten wurden. Ähnliche Formulierungen wie die Aussagen der Balfour-Deklaration flossen dann auch 1922 in den Vertrag ein, der das britische Mandat über Palästina regelte.

Teil des Plans der britischen Kolonialmacht im Nahen Osten

Seit 1908 werden Ölfelder im Nahen Osten ausgebeutet. Der 1869 eröffnete Suez-Kanal war zu einer wichtigen Verkehrsader geworden. Das erklärt, warum es den Siegermächten England und Frankreich wichtig war, die von der Türkei beherrschten Territorien (weite Teile von Syrien, Irak, Palästina, Jordanien und Saudi-Arabien) unter sich aufzuteilen, als 1917/18 das Osmanische Reich zer-



fiel. Dabei konnte sich Grossbritannien den Löwenanteil sichern.

Die Umwandlung von Palästina in eine „Heimstätte für das jüdische Volk“ war ein Teil dieser Kolonialpolitik. Die Briten liessen sich durch den „Völkerbund“⁴ Mandate über Jordanien, Irak und Palästina erteilen. In den meisten Mandatsgebieten setzten sie Prinzen aus dem Stamm der Haschemiten⁵, ihrer Verbündeten gegen die Osmanen im Ersten Weltkrieg, als Könige ein. Somit verfügten sie bald über ein Netz von Verbündeten und Agenten im Nahen Osten und waren in der Lage, die Region zu kontrollieren. Der Völkerbund als Vorläufer der UNO besiegelte in einer Reihe von internationalen Konferenzen (San Remo, Sèvre, Lausanne, Paris) die Aufteilung der Territorien und die britischen Mandate.

In Palästina hatten die Briten einen anderen Weg als zum Beispiel im Irak eingeschlagen, nämlich eine seit 1914 geschmiedete Allianz mit der zionistischen Bewegung. Deshalb konnten die zionistischen Verbände bald – mit dem Segen und unter dem Schutz Grossbritanniens – jüdische MigrantInnen insbesondere aus Polen, Russland und der Ukraine nach Palästina ansiedeln. Die zionistischen SiedlerInnen hatten sogar freie Hand, militärische Verbände zu gründen. 1921 entstand die erste

bewaffnete Organisation, die Hagana, bald folgten weitere Milizen. Mit verschiedenen Mitteln bereiteten die ZionistInnen Schritt für Schritt die Eroberung des Mandats-Territoriums und die Vertreibung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung vor. Dies erfolgte 1947–1949, als der Rückzug der Briten und die Annahme der UNO-Resolution 181 vom 29. November 1947 die definitiven Voraussetzungen für die palästinensische Katastrophe – die Nakba – schafften.

Als Fazit lässt sich sagen, dass der Ursprung des Staates Israel in der kolonialistischen Weltanschauung des 19. Jahrhunderts verankert ist, welche seit dem Buch von Herzl wie ein roter Faden die zionistische Ideologie durchzieht. Man darf Territorien erobern und ohne Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung besiedeln – und bei Bedarf diese Bevölkerung auch vertreiben.

Auch erscheint Israel als Produkt der imperialistischen Weltaufteilung zwischen den Grossmächten. Inzwischen hat Grossbritannien den USA das Zepter als führende imperialistische Grossmacht abgegeben, aber Israel bleibt nach wie vor wichtiger Teil einer durch die westlichen Grossmächte beherrschten ungerechten Weltordnung.

Die Nakba in Zahlen

• Zwischen 750'000 und 1 Million ist die Anzahl der PalästinenserInnen, die 1947–1949 im Zuge der Gründung Israels von zionistischen Paramilitärs und später der israelischen Armee vertrieben und zu Flüchtlingen wurden.

• Zwischen 250'000 und 350'000 ist die Anzahl der PalästinenserInnen, die zwischen der Verabschiedung des UNO-Teilungsplans im November 1947 und der israelischen Unabhängigkeitserklärung am 15. Mai 1948 von zionistischen Paramilitärs aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Das war vor dem Beginn des Krieges mit den arabischen Nachbarstaaten.

• Rund sieben Millionen ist die Anzahl palästinensischer Flüchtlinge und Heimatloser im Jahr 2009, darunter Überlebende aus der Nakba und deren Nachkommen. Sie leben zum grossen Teil im besetzten Westjordanland und den arabischen Nachbarstaaten wie Libanon, Jordanien und Syrien. Ihnen wird von Israel das internationale anerkannte Recht auf Rückkehr in ihr Herkunftsland verwehrt, weil sie nicht-jüdisch sind.

• Rund 150'000 ist die Anzahl der PalästinenserInnen, die 1948 innerhalb der entstehenden israelischen Staatsgrenzen geblieben sind. Viele von ihnen wurden intern vertrieben. Diese PalästinenserInnen, die manchmal „israelische Araber“ genannt werden, erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie wurden jedoch zum grossen Teil enteignet und unterlagen bis 1966 dem Kriegsrecht. Heute leben ungefähr 1,6 Millionen PalästinenserInnen als BürgerInnen zweiter

1 Zum Beispiel: „Those [Israeli Arabs] who decide that their identity is Palestinian will be able to forfeit their Israeli citizenship and move and become citizens of the future Palestinian state.“: <http://reut.rs/2wXZ0m5>

2 Siehe: Nur Masalha: „A Land without a people“, Faver & Faver 1997, insbesondere S. 61f.

3 Text der Balfour-Deklaration: „Dear Lord Rothschild, I have much pleasure in conveying to you on behalf of His Majesty's Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to, and approved by, the Cabinet: His Majesty's Government view with favor the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavors to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country.“

4 Der Völkerbund war eine zwischenstaatliche Organisation mit Sitz in Genf. Er entstand als Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz von 1920. Als Ziele wurden erklärt, „den Frieden durch schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Konflikte, internationale Abrüstung und ein System der kollektiven Sicherheit dauerhaft zu sichern“. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der UNO beschlossen seine damals noch 34 Mitglieder 1946, den Völkerbund mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

5 Die HaschemitInnen sind ein Clan aus der Region des Hedjaz auf der arabischen Halbinsel, ursprünglich aus Mekka. Der Clan ist nach Haschem ibn 'Abd Manāf, dem Urgrossvater des Propheten Mohammed, benannt.

Erinnerungen an die Katastrophe

Roman Vonwil

In Europa ist einer breiteren Öffentlichkeit die Nakba erst dank der Arbeit der neuen israelischen Historiker wie Ilan Pappé und Benny Morris bekannt, die das bis dorthin vorherrschende zionistische Narrativ in Frage stellten. Unter PalästinenserInnen besteht dagegen schon lange eine ausgeprägte Kultur der Erinnerung an diese Katastrophe. Die kollektive Erinnerung, die im Zentrum der palästinensischen nationalen Identität steht, unterliegt dabei einem zeitlichen Wandel.



Geschichten über die Nakba und die Zeit vor der Vertreibung sind in fast jeder palästinensischen Familie, ob in Israel, dem besetzten Gebiet oder der Diaspora, zu finden und werden über Generationen weitergegeben. Diese Erinnerungen sind Grundlage und Anknüpfungspunkt für viele persönliche Biografien, auch von PalästinenserInnen, die Jahrzehnte später geboren wurden. Wer heute eine Palästinenserin oder einen Palästinenser fragt, wo sie oder er herkommt, bekommt als Antwort, nicht den Namen des eigenen Geburts- oder Wohnorts, sondern eines Ortes in Israel/Palästina, der in den meisten Fällen nur aus der Erzählung der Eltern und Grosseltern oder von alten Fotos bekannt ist. Die eigene Identität ist eng verknüpft mit dem Ort, von dem die Familie

vertrieben wurde, und der Hoffnung auf eine Rückkehr dorthin.

Diese in Familien weitergegebenen Erinnerungen beschränken sich nicht auf den Akt der Vertreibung an sich, sondern beschreiben eine Zeit vor der Katastrophe. Orte dienen als Träger für alles, was vor 1948 existierte: für Land- und Hausbesitz, aber auch für das gesellschaftliche Leben, lokale Brauchtümer und Kultur. Die Zäsur der Nakba bedeutete nicht nur einen materiellen Verlust, sondern den einer Gemeinschaft und eines spezifischen Lebensstils. Durch die Nacherzählung wird die Heimat, die während der Nakba zu existieren aufgehört hat, als Gesamtes virtuell wiedererschaffen, die verschwundenen Dörfer und Städte werden zumindest in Gedanken wiederbevölkert und die Gemeinschaft wiederbelebt.

Unterordnung unter ein nationales Narrativ

Die individuellen Geschichten von Heimat und Vertreibung fügen sich zu einer gemeinsamen Erinnerung zusammen. Für die PalästinenserInnen liegt die Nakba im Zentrum ihres kollektiven Bewusstseins und stellt als gemeinsame Erfahrung das konstitutive Element ihrer Nation dar. Auch wenn bereits vor 1948 die BewohnerInnen Palästinas sich als PalästinenserInnen verstanden, haben Vertreibung und Verlust der physischen Heimat nicht nur ihr Schicksal bestimmt, sondern bilden seither auch den Kern der nationalen Identität. Kollektive Erinnerungen sind jedoch von Natur aus komplex und schwer fassbar. Nicht alle haben das Gleiche erfahren und es existiert gleichzeitig eine Vielzahl unterschiedlicher individueller Erinnerungen, die ineinander verwoben sind und sich auch widersprechen können. Welche sich davon in einem kollektiven Narrativ durchsetzen, ändert sich mit der Zeit und unterliegt unterschiedlichen Einflüssen.

Bereits wenige Jahre nach der Nakba begannen Intellektuelle und Angehörige der palästinensischen Elite, Erinnerungen schriftlich zu dokumentieren. Gleichzeitig entstand in den Flüchtlingslagern, die nach gemeinsamer geografischer Herkunft organisiert waren und in denen Nachbarn in einer völlig fremden Umgebung wieder zusammenfanden, eine gelebte Kultur der Erinnerung: Flüchtlinge gedachten an den Jahrestagen der Flucht aus dem eigenen Dorf oder Stadtviertel „ihrer“ persönlichen Nakba, Viertel in den Lagern wurden nach den Orten benannt, die verlassen werden mussten, lokale Traditionen wie Hochzeitsfeste oder Lieder wurden auch am neuen Ort zelebriert.

Zunehmend politische Bedeutung bekam die Nakba im Zuge des Entstehens einer panpalästinensischen Bewegung, die sich von den arabischen Herrschern und selbsterklärten Schutzherrn der PalästinenserInnen abgrenzte und die eigene nationale Identität sowie die Forderung nach nationaler Selbstbestim-

mung in den Fokus rückte. Die Politisierung der kollektiven Erinnerung bedeutete aber auch eine Fokussierung des herrschenden Narrativs und dessen Ausrichtung an politischen Zielen. Die PLO prägte in ihrer Hochphase in den 1960er und 1970er Jahren entscheidend die öffentliche Darstellung der Nakba und damit die kollektive Erinnerung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen – insbesondere der Verkörperung Palästinas durch eine Frau –, wurde eine männliche, heroische Symbolik verwendet.¹ Erzählungen von konkreten Frauen wurden damit automatisch marginalisiert. Die Vereinnahmung der kollektiven Nakba-Erinnerung für politische Zwecke bedeutete zudem eine Normierung. Persönliche Erfahrungen hatten keinen Platz mehr, wenn sie nicht dem gewünschten Bild entsprachen, und wurden entsprechend ausgespart. Geschichten von PalästinenserInnen, die ihr Land freiwillig verliessen oder gar mit den ZionistInnen kooperierten, wurden verschwiegen.

In Israel selber anerkennt weder der Staat noch die Mehrzahl der jüdischen BürgerInnen die Nakba. Vielmehr versucht der Staat, das Gedenken zu kriminalisieren und die Spuren palästinensischer Präsenz möglichst auszulöschen. So werden zum Beispiel seit 2011 durch das sogenannte Nakba-Gesetz Institutionen, inklusive palästinensische Gemeinden, für die Durchführung und Unterstützung von Gedenkveranstaltungen sanktioniert. Was dies für die palästinensische Erinnerungskultur bedeutet und welche Rolle die Nakba beim Widerstand gegen das hegemoniale zionistische Narrativ spielt, muss an anderer Stelle ausführlich behandelt werden.

Post-Oslo: Wachsende Bedeutung von Oral History

Die nationale Politik der PLO fokussierte mit der Zeit zunehmend auf die Durchsetzung einer palästinensischen Staatsgründung im seit 1967 besetzten Gebiet. Diese Entwicklung kumulierte im Oslo-Prozess, in dem die Frage der Flüchtlinge und des Rückkehrrechts vollständig ausgeklammert wurden. Dies bedeutete den Ausschluss der grossen Mehrheit der palästinensischen Flüchtlinge in den umliegenden Ländern und auf der ganzen Welt, aber auch der „internen Vertriebenen“, die im heutigen Israel leben, von einer möglichen Lösung. Die später geleakten geheimen Verhandlungsdokumente zwischen der palästinensischen Autonomiebehörde und Israel zeigten, dass die PLO bereit war, das Rückkehrrecht grösstenteils zu opfern.² Da die Erinnerung an die Nakba immer auch mit der Hoffnung auf und Forderung nach Rückkehr einhergeht, stand diese Politik im Widerspruch zu der auch weiterhin offiziellen Erinnerungskultur und untergrub ihre Bedeutung für die Opfer der Nakba und deren Nachkommen.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung wuchs das Interesse an Oral History³ über die Nakba. Spätestens Mitte der 1980er Jahre entstanden erste Projekte mit dem Ziel, individuelle Erinnerungen und Geschichten zu dokumentieren und zu veröffentlichen.⁴ Diese Grassroot-Bewegungen, von denen viele in Flüchtlingslagern selber entstanden, füllten „von unten“ die Lücke, die die Konzentration auf das Narrativ der palästinensischen Elite und die politische Vereinnahmung der Erinnerung durch die PLO hinterlassen hat, und haben den An-

Klasse in ihrem Heimatland. Über 50 Gesetze diskriminieren sie als nicht-jüdisch.

• *Mindestens zwei Dutzend ist die Anzahl der Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung durch zionistische und israelische Truppen. Damit wurde die Massenfucht der PalästinenserInnen aus ihrer Heimat entscheidend angeheizt.*

• *Rund 100 ist die Anzahl palästinensischer ZivilistInnen, inklusive Frauen und Kinder, die im Dorf Deir Yassin in der Nähe von Jerusalem am 9. April 1948 von Mitgliedern der Irgun und der Stern-Bande, vorstaatlichen zionistischen Terrororganisationen unter der Führung der späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin und Yitzhak Shamir, umgebracht wurden.*

• *Über 400 ist Anzahl palästinensischer Städte und Dörfer, die zwischen 1948 und 1950 von israelischen Truppen systematisch zerstört oder mit jüdischen BewohnerInnen besiedelt wurden. Die meisten palästinensischen Bevölkerungszentren, inklusive Wohn- und Geschäftshäuser, religiöse Stätten und Innenstädte, wurden zerstört, um die Rückkehr der palästinensischen BesitzerInnen zu verhindern.*

• *1'717'800 ist die Anzahl an Hektaren palästinensisches Landes, das von Israel während und kurz nach der Staatsgründung 1948 beschlagnahmt wurde.*

• *Zwischen 100 und 200 Milliarden US-Dollar beträgt der geschätzte heutige Gesamtwert der Enteignungen von PalästinenserInnen im Zuge der israelischen Staatsgründung.*

1 Zum Beispiel das Poster zum 15. Mai 1976, dem Nakba-Gedenktag. Die Fatah nannte ihn „Tag des palästinensischen Kampfes“ und erwähnt auf offizieller Propaganda interessanterweise das Wort Nakba überhaupt nicht: bit.ly/2jn6dJq
2 Die Dokumente wurden von Al Jazeera und im Buch „Einen Palästinenserstaat wird es nicht geben“ von Ziyad Clot veröffentlicht. Darin ist nachzulesen, dass die palästinensische Seite der Rückkehr von nur 10'000 Flüchtlingen zugestimmt hätte. Siehe www.aljazeera.com/palestinepapers/
4 Zum Beispiel Rosemary Sayigh: *Palestinians: From Peasants to Revolutionaries*.
5 Einige Beispiele für solche Projekte: <http://nakba-archive.org>, www.palestineremembered.com, <http://zochrot.org>, <http://almashriq.hiof.no/palestine/300/301/voices/index.html>

Impressum

Palästina-Info November 2017, Auflage: 2300 dt., 1000 frz.

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4020, 4002 Basel

Layout: Georg Iliev, popolo GmbH

www.palaestina-info.ch

info@palaestina-info.ch

Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2

spruch, die kollektive Erinnerung in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen. So haben zum Beispiel die „Nakba Archives“, in denen Erzählungen aus Flüchtlingslagern im Libanon aufgezeichnet werden, zum Ziel, „Zeuge in einer Weise zu sein, die nicht durch die politische Symbolik geprägt ist, sondern durch die Rhythmen der persönlichen Erinnerung“. Nicht nur soll die unvollständige schriftliche Dokumentation der Nakba vervollständigt werden, sondern insbesondere Flüchtlinge sollen die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Geschichten selbstbestimmt zu dokumentieren.

Heute existiert eine Vielzahl solcher Initiativen, die ZeitzeugInnen ins Zentrum stellen und ihre Geschichten bewahren. Die Bandbreite reicht vom Aufzeichnen von kurzen Interviews bis hin zu Gedenkbüchern über einzelne Dörfer, in denen die AutorInnen Dorfleben und Dorfarchitektur zum Teil bis ins kleinste Detail schildern. Zahlreiche Projekte nutzen auch die Möglichkeiten des Internets und der Sozialen Medien, um die Erinnerungen einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Eine spezielle Rolle spielt auch die Organisation Zochrot, die sich mit ihrer Dokumentation der Nakba explizit an ein jüdisches Publikum in Israel richtet. Ihr Ziel ist die Anerkennung der israelischen Verantwortung für die Vertreibungen als



Grundlage für die Umsetzung des Rückkehrrechts.

Dieser Entwicklung ist zu verdanken, dass die Narrative wieder facettenreicher werden. Doch die Relevanz geht darüber hinaus: Viele der Oral-History-Projekte verstehen sich als eine Kombination aus Dokumentationsarbeit und Fürsprache (Advocacy) für die Rechte der PalästinenserInnen und tragen zur wieder anwachsenden Bedeutung der Nakba für den palästinensischen Kampf um Selbstbestimmung bei.

Die Erinnerung fruchtbar machen

Kollektive Erinnerung und Gedenkfeiern zu ihrer öffentlichen Zelebrierung spielen in vielen antikolonialen Befreiungskämpfen eine zentrale Rolle. Sie bestimmen entscheidend, wie die Gegenwart begriffen wird, und prägen die Herausbildung von Visionen für die Zukunft. Als zentrale gemeinsame Erfahrung und Kern des kollektiven Bewusstseins hat die Nakba das Potenzial, die heute getrennt voneinander existierenden palästinensischen Communities zu verbinden: PalästinenserInnen mit israelischer

Staatsbürgerschaft, die unter Besatzung Lebenden und die Flüchtlinge in den umliegenden arabischen Ländern und auf der ganzen Welt. Eine jüngere Generation von AktivistInnen in allen Gruppen erkennt und nutzt dieses Potenzial für die Erarbeitung politischer Ziele in ihren jeweiligen Gemeinschaften. So wird in Israel der jährlich stattfindende „Marsch der Rückkehr“ zu zerstörten palästinensischen Dörfern genutzt, um friedlichen Widerstand gegen die israelische Apartheid zu mobilisieren und auf das Thema der „internen Vertriebenen“ aufmerksam zu machen. Diese Mobilisierung rund um die Nakba verbindet die zuvor isolierte palästinensische Bevölkerung innerhalb der Grünen Linie mit anderen palästinensischen Gruppen inner- und ausserhalb des historischen Palästinas. Ein anderes Beispiel fand am 63. Jahrestag der Nakba statt, als junge PalästinenserInnen aus Syrien in einer symbolischen Rückkehr die Grenze zu den besetzten Golanhöhen durchbrachen und auf der anderen Seite von BewohnerInnen von Majdal Shams herzlich empfangen wurden. Auf diese Weise entstehen rund um die geteilte Erinnerung an die Nakba neue Verbindungen, gegenseitige Solidarität und gemeinsame Kämpfe.

Weiterführende Literatur

Ahmad H. Sa'di & Lila Abu-Lughod: Nakba. Palestine, 1948, and the Claims of Memory
Nur Masalha: The Palestine Nakba. Decolonising History, Narrating the Subaltern, Reclaiming Memory.
Anaheed Al-Hardan: Palestinians in Syria. Nakba Memories of Shattered Communities.

Der Al-Awda-Preis wird jedes Jahr für kulturelle Projekte, die die Nakba thematisieren, vergeben. Organisiert von der NGO Badil, ist dieser Wettbewerb ein Beispiel für die Förderung von kollektiver Erinnerung „von unten“. Die Bilder auf dieser Seite wurden in der Kategorie „Bestes Poster“ prämiert.
bit.ly/2eVZNfk

